

Neues Recht der Verwertungsgesellschaften in Österreich

Walter Dillenz

Professor an der Universität Wien

Das österreichische Verwertungsgesellschaftengesetz aus 1936 hatte (nicht nur von mir) in den letzten Jahrzehnten seiner Geltung schlechte Rezensionen erhalten. In meinem Praxiskommentar schrieb ich 2004: «Insgesamt sind die Rechtsquellen unübersichtlich, da das Stammgesetz aus 1936 und die verwertungsgesellschaftsrechtlichen Bestimmungen der UrhGNov 1980 (dreifach novelliert) nebeneinander bestehen. Eine zeitgemäss Überarbeitung und Kodifizierung des Verwertungsgesellschaftsrechts ist dringend erforderlich.»

Diese Notwendigkeit wurde auch dem österreichischen Gesetzgeber immer stärker bewusst. Das Verwertungsgesellschaftenrecht des Jahres 2006 ist ein völlig neues Gesetz, allerdings mit gewissen Übernahmen aus dem älteren, (BGBl 2006 I 9 idF BGBl I 82 – Text veröffentlicht auch in GRURInt 2006, 585 und auf <http://www.rtr.at/de/vwg/VerwGes>).

Adolf Dietz urteilt darüber: «Eine dem deutschen Recht weitgehend entsprechende, aber insgesamt modernere Regelung aus dem Geist des der Kulturförderung verpflichteten kontinentaleuropäischen Urheberrechts, klare und überzeugende Gliederung und inhaltliche Ausgestaltung.»

Wie die Erläuterungen zum Gesetz richtig feststellen, ist die kollektive Rechtswahrnehmung durch VerwGes noch nicht durch Gemeinschaftsrecht geregelt. Bisher vorliegende Dokumente des Europäischen Parlaments und der Kommission zu diesem Thema lassen aber darauf schliessen, dass die österreichische Regelung im Rahmen abzusehender europäischer Normen liegen würde, wenn es jemals solche geben wird.

Erweiterter Geltungsbereich

Bei der Definition der VerwGes verlässt das Gesetz die alten Abgrenzungen, die «kleine

Rechte» (nicht dramatisch) den VerwGes zuwies, während es «grosse Rechte» (dramatische Rechte) der individuellen Rechtswahrnehmung überliess. Dieser Ansatz ist insofern zweckmässiger, als sich keine Abgrenzungsprobleme mehr ergeben, also etwa bei konzertanten Aufführungen in Kostüm und Maske, compilation shows etc.

Unternehmen, die in gesammelter Form Urheberrechte entgeltlich nutzbar oder andere Ansprüche nach dem Urheberrechtsgesetz geltend machen, fallen unter die gesetzliche Regelung und bedürfen für ihre Tätigkeit einer Betriebsgenehmigung. Eine solche Betriebsgenehmigung wird allerdings nur einer Kapitalgesellschaft mit Sitz in Österreich erteilt. Für die Wahrnehmung eines bestimmten Rechtes darf jeweils nur einer einzigen Gesellschaft eine solche Genehmigung erteilt werden.

Das Erfordernis der Rechtsform der Kapitalgesellschaft ergab sich daraus, dass sich neben der ohnehin dominierende Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung und der Genossenschaft auch Vereine als VerwGes konstituiert haben. Die Rechtsform des Vereins ist aber für diese Form von Unternehmen mit oft zweistelligen Millionen Euro-Umsätzen nicht adäquat.

Das Spartenmonopol mit seiner Zuweisung eines bestimmten Rechtes an jeweils eine VerwGes ist wohl auch mit einem Seitenblick auf die Verhältnisse in Deutschland entstanden mit seiner Fülle von VerwGes, die oft nur in bestimmten Nischen tätig sind und gelegentlich auch in Konkurrenz zueinander stehen. Deren Abgrenzung voneinander ist einem Aussenstehenden ohnehin schwer zugänglich.

In dieselbe Kerbe schlägt eine andere Bestimmung, welche die bisherige Mehrzahl

Résumé: *L'ancienne loi fédérale autrichienne du 9 avril 1936 sur les sociétés de perception ne répondait plus aux exigences. La nouvelle loi de 2006 règle dorénavant les conditions de l'admission de telles sociétés, l'autorité de surveillance, de même que les relations entre les sociétés de gestion et les utilisateurs. L'objectif tend à l'établissement d'une concession de droits à des conditions appropriées. Les relations entre les détenteurs de droits et les sociétés de gestion, en particulier sous l'angle de la participation et de la transparence, y sont également réglées. Une nouvelle comité des droits d'auteur, compétente pour trancher les litiges entre sociétés de gestion et utilisateurs, mais également entre sociétés de gestion seulement, est mise sur pied. Cette entité est enfin une instance d'appel contre les décisions de l'autorité de surveillance. Dix-huit mois après son entrée en vigueur, la loi a montré son efficacité.*

Zusammenfassung:
Österreichs altes Verwertungsgesellschaftengesetz aus 1936 genügte den Anforderungen nicht mehr. Ein neues Gesetz aus 2006 regelt die Zulassungsbedingungen für solche Gesellschaften, die Aufsichtsbehörde und die Beziehungen zwischen den VerwGes einerseits und den Nutzern andererseits. Ziel ist die reibungslose Rechteinräumung zu angemessenen Bedingungen. Auch das Verhältnis zwischen den Rechteinhabern und ihrer VerwGes, vor allem bezüglich Transparenz und Partizipation, wird geregelt. Ein neu geschaffener Urheberrechtssenat soll Streitigkeiten zwischen VerwGes und Nutzern, aber auch zwischen VerwGes untereinander, entscheiden. Daneben ist er Rechtsmittelinstanz gegen Entscheidungen der Aufsichtsbehörde. Die ersten eineinhalb Jahre der Geltung des Gesetzes haben seine Praxistauglichkeit gezeigt.

von VerwGes, nämlich bis zur Reform deren 12, einschränken will. Das soll mit Hilfe einer Bestimmung geschehen, die bei Bewerbung neuer Gesellschaften die Übernahme dieses neuen Rechtsgebietes durch bestehende Gesellschaften fördert und den Zusammenschluss bestehender Gesellschaften juristisch erleichtert. Diese Konzentration liegt jedenfalls im Interesse des Nutzers, der nicht einer Mehrzahl von VerwGes mit jeweils nicht klar abgegrenztem Aufgabengebieten gegenüber stehen will.

Betriebsgenehmigungen sind zeitlich unbeschränkt zu erteilen und jeweils in Zehnjahresabständen zu überprüfen. Die erste derartige Überprüfung der bestehenden Betriebsgenehmigungen ist bereits nach Ablauf von drei Jahren ab Inkrafttreten des VerwGesG 2006, also am 1. Juli 2009, vorgehen.

Neue Aufsichtsstrukturen

Die Aufsicht über die VerwGes wurde ebenfalls grundlegend reformiert. Wurde sie nach dem alten Gesetz grundsätzlich durch Beamte der beiden beteiligten Ministerien ausgeübt (mit einem kuriosen Zwischen spiel in den drei Jahren vor Inkrafttreten des Gesetzes, wo Rechtsanwälte und pensionierte Mitarbeiter von VerwGes im Wege einer «Privatisierung der Staatsaufsicht» diese Funktion ausübten), wurde nun eine vorhandene Behörde für Telekom- und Rundfunkaufsicht, nämlich die Kommunikationsbehörde Austria («KommAustria»), mit dieser Aufgabe betraut.

Um dieser Kontrollaufgabe nachkommen zu können, hat die Behörde weitgehende Auskunftsansprüche und auch das Recht, bei Sitzungen von Organen anwesend zu sein und dort Erklärungen oder Anregungen abzugeben. Die Finanzierung der Behörde, die für 2007 mit EURO 290000.– festgesetzt war, erfolgt zu drei Vierteln durch die VerwGes und zu einem Viertel durch die Nutzer.

Die VerwGes treffen gegenüber der Behörde Mitteilungspflichten, was ihre innere Verfassung (z.B. Statutenänderungen) betrifft, ihr Verhältnis zu den Nutzern und ihr Verhältnis zu den eigenen Bezugsberechtigten. Die Aufsichtsbehörde prüft diese ihr jeweils zugehenden Informationen

auf Gesetzmässigkeit und stellt solche Informationen auf ihrer Website auch der Öffentlichkeit zur Verfügung (<http://www.rtr.at/de/vwg/VerwGes>).

Diese Mitteilungspflicht überschneidet sich zum Teil mit der Veröffentlichungs- und Auskunftspflicht, welche die VerwGes allgemein trifft. Danach haben sie die vor allem für Nutzer gedachte Liste ihrer Bezugsberechtigten der Gegenseitigkeitsverträge und Gesamtverträge, Satzungen und Tarife auf ihre Website zu stellen. Diese Veröffentlichung dient allerdings kaum dem Nutzerinteresse, da die ausländischen Bezugsberechtigten, welche durch Gegenseitigkeitsverträge in den Tätigkeitsbereich der VerwGes fallen, fehlen.

Gegenüber dem alten Gesetz hat sich auch das Sanktionsinstrumentarium der Aufsichtsbehörde erweitert und differenziert. Stand nach der alten Regelung nur der Entzug der Betriebsgenehmigung zur Verfügung, sieht das neue Gesetz die Erteilung von Aufträgen an die Gesellschaft, die Abberufung der verantwortlichen Organe und erst in letzter Konsequenz den Entzug der Betriebsgenehmigung vor. Klargestellt wird auch, dass alle diese Massnahmen durch Bescheid zu erfolgen haben, wogegen ein Rechtsmittel an den ebenfalls neu geschaffenen Urheberrechtssenat möglich ist.

Kontrahierungszwang mit Nutzern und Rechteinhabern

Eine wesentliche Neuerung ist auch die Regelung des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Bezugsberechtigten. Zunächst besteht analog dem äusseren Kontrahierungszwang gegenüber den Nutzern auch ein innerer Kontrahierungszwang gegenüber Rechteinhabern. Wie in mehreren Entscheidungen des EuGH bereits festgestellt, bezieht sich dieser Kontrahierungszwang auf alle Angehörige eines Mitgliedsstaats der Europäischen Union, entsprechend dem herrschenden europäischen Diskriminierungsverbot.

Die Rechteinräumung erfolgt in der Regel über einen Wahrnehmungsvertrag, für den es gesetzliche inhaltliche Vorgaben gibt.

Als Neuerung setzt das Gesetz eine bisher in der Judikatur verankerte «AKM-Vermu-

tung» um. Diese Vermutung befreite die (grösste österreichische VerwGes) AKM von der Notwendigkeit eines individuellen detaillierten Nachweises im Wege eines prima facies Beweises. Eine solche widerlegliche Rechtsvermutung, die von der Aufsichtsbehörde durch Bescheid ausgesprochen werden muss, kommt nun auch allen anderen VerwGes zu Gute, welche die erforderlichen Nachweise erbringen können.

Verwertungsgesellschaften können für ihre Bezugsberechtigten sozialen und kulturellen Zwecken dienende Einrichtungen schaffen. Wenn sie Ansprüche aus der privaten Vervielfältigung («Leerkassettenvergütung») geltend machen, haben sie solche Einrichtungen zu schaffen und ihnen 50 Prozent der Erträge zuzuwenden.

Vorschriften für die innere Willensbildung sorgen dafür, dass innerhalb der VerwGes demokratische Verhältnisse herrschen.

Bei der Regelung des Verhältnisses zwischen VerwGes und Nutzer steht der Aspekt der Verkehrserleichterung im Vordergrund; die VerwGes hat also den Rechteerwerb zu erleichtern. Bei Streitigkeiten über die Höhe des Entgelts gilt die Genehmigung vorläufig als erteilt, wenn der Nutzer entsprechende Sicherheit leistet. Um die Rechtseinräumung zu einheitlichen Bedingungen zu gewährleisten, haben VerwGes und Nutzerorganisationen Gesamtverträge abzuschliessen, deren Bestimmungen Bestandteil jedes Einzelvertrages werden.

Bleiben Verhandlungen über den Abschluss von Gesamtverträgen oder über deren Änderung erfolglos, kann jede Partei verlangen, dass der Urheberrechtssenat das Rechtsverhältnis mit Satzung, der die Wirkung eines Gesamtvertrages zukommt, regelt.

Urheberrechtssenat als Entscheidungsinstanz

Eine zentrale Rolle bei der Funktion des Gesetzes spielt der Urheberrechtssenat, der vor allem bei Streitigkeiten zwischen Verwertungsgesellschaft und Nutzer tätig wird, aber auch zwischen den VerwGes untereinander und letztlich als Berufungsinstanz gegen Bescheide der Aufsichtsbehörde. Er ist eine Verwaltungsbehörde mit richterlichem Einschlag und besteht aus einem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern mit jeweils einem Ersatzmitglied. Alle Mitglieder müssen Richter sein. Gegen die Entscheidung des Urheberrechtssenates ist kein Rechtsmittel zulässig, mit Ausnahme der Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof.

Die bisherigen praktischen Erfahrungen mit dem Gesetz sind durchwegs positiv. Die Zahl der VerwGes hat sich bereits von bisher zwölf auf heute acht verringert, die Umwandlungen der Rechtsform sind zum grössten Teil bereits erfolgt. Ein seit Jahren schwelender Streit wegen der Aufteilung von Entgelten zwischen zwei VerwGes ist nach nur sechsmonatiger Verfahrensdauer durch Entscheidung des UrhR-Senats abgeschlossen worden. Auch die vom Gesetz angestrebte Transparenz der VerwGes wurde verwirklicht. Die Websites der österreichischen VerwGes zeigen alle wesentlichen Rechtsvorschriften und Verträge. Der erste Gesamtvertrag (zur Regelung des Folgerechtes) wurde ebenfalls bereits abgeschlossen. Die neu bestellte Aufsichtsbehörde hat sich in kurzer Zeit in die Materie eingearbeitet und bereitet derzeit die Harmonisierung der Betriebsgenehmigungen der VerwGes vor mit dem Ziel einer grösseren Klarheit und besseren Verständlichkeit.

Insgesamt hat Österreich den Sprung vom ältesten VerwGesG Europas zum jüngsten gut geschafft. ■

Sanction du téléchargement illégal

Indaptation des moyens actuels et préconisations de la «Commission Olivennes»

Emmanuel Derieux

Professeur à l'Université Panthéon-Assas (Paris 2)

Zusammenfassung:
Frankreich verstärkt seine Instrumente im Kampf gegen die digitale Piraterie. Die klassischen Methoden (Informationskampagnen, Beschlagnahmungen und Strafsanktionen) genügten nicht, um die illegalen Aktivitäten einzudämmen. Eine Kommission schlägt nun unter anderem die Möglichkeit vor, dass die zuständigen Behörden den Abonnementsvertrag von Delinquenten zur Internetnutzung suspendieren oder gar auflösen können. Damit würde die Internetnutzung verunmöglicht.

Le téléchargement illégal constitue une grave menace pour la création. Les différents titulaires de droits et intervenants dans le marché de la production et de la distribution sont ainsi privés de leur juste rémunération. Ayant pris conscience de l'ampleur du phénomène, la France cherche les moyens d'y faire obstacle.

A l'encontre des facilités offertes par l'internet et à une revendication de libre accès et de gratuité en vogue chez les internautes, particulièrement chez les plus jeunes, les instruments actuels par lesquels s'y opposer ou en assurer la sanction s'avèrent assez inadaptes ou inefficaces.

De nouvelles méthodes ont été préconisées. Elles ont, fin 2007, été l'objet d'un rapport et de propositions de la «commission Olivennes» repris dans un accord signé par les représentants des milieux professionnels concernés. Manque cependant l'adhésion d'une partie du public! Il convient encore de donner à un tel engagement un cadre législatif et réglementaire qui en assurerait la mise en œuvre. Parallèlement, les autorités publiques étaient invitées à adopter des mesures d'incitation au téléchargement légal. Le volet restrictions, contrôles et sanctions, tout au moins, est considéré, par certains, comme anachronique, liberticide, en total décalage avec les pratiques et relevant d'un modèle économique culturel dépassé.

Inadaptation des moyens actuels

Les atteintes au droit patrimonial des auteurs et des artistes interprètes sont, pour eux, comme pour les producteurs et les diffuseurs, cause d'un manque à gagner important. Elles remettent en cause la poursuite de leurs activités. Elles sont constitutives de l'infraction pénale de contrefaçon. Aux

moyens juridiques de sa répression, les techniques numériques ajoutent aujourd'hui des instruments qui devraient permettre de s'y opposer. Ni les uns ni les autres ne paraissent pourtant y parvenir. Leur usage est contesté par les internautes. Pour un meilleur résultat, un travail d'éducation ou de sensibilisation aux effets négatifs de ces comportements doit être entrepris auprès d'eux. Il est d'ailleurs déjà prévu par les textes.

Outre le recours à des mesures préventives (saisie-contrefaçon, procédure de référé), le droit offre normalement la possibilité d'obtenir, en plus de la réparation du dommage subi, la sanction pénale des atteintes portées au droit d'auteur et aux droits voisins. Ayant renoncé à instaurer le régime dit «de licence globale», revendiqué par les utilisateurs et accepté par les représentants de certains titulaires de droits, le législateur avait, fin juin 2006, adopté, en faveur des internautes, simples particuliers, délinquants occasionnels, un régime de répression atténuée. Déclaré non-conforme à la Constitution, parce qu'instaurant une inégalité face à la répression, il ne put être maintenu dans la loi du 1^{er} août 2006 («Dadvisi»). Les sanctions pénales les plus lourdes étaient alors officiellement encourues.

Considérant ces sanctions trop sévères et inadaptes, le ministère de la justice, par une circulaire du 3 janvier 2007, contournait l'obstacle de la décision du Conseil constitutionnel. Il incitait les représentants du parquet, sinon à ne pas engager de poursuites, en tout cas à ne pas requérir de telles condamnations. La lutte contre le téléchargement illégal paraissait ainsi privée de toute efficacité et perdre son caractère dissuasif, à l'égard des jeunes internautes amateurs au moins.

Transposant la directive communautaire du 8 juin 2000, dite «commerce électro-

que», un régime de responsabilité très limitée ou conditionnée avait précédemment été instauré au profit des prestataires techniques, par la loi du 21 juin 2004. Ils tirent pourtant, des connexions qu'ils facilitent et grâce auxquelles ces téléchargements illégaux sont réalisés, un large profit. N'en sont-ils pas, en quelque sorte, complices? Peuvent-ils en être irresponsables?

La faculté, pour les titulaires de droits, de recourir à des «mesures techniques de protection», permettant d'empêcher des usages qu'ils n'auraient pas autorisés, se trouve également très encadrée, de façon à ne pas faire obstacle aux utilisations normales ou au bénéfice des diverses exceptions légales au droit patrimonial d'auteur.

Dans un tel contexte, tant technique que juridique, de très grandes facilités offertes aux actes de piraterie que constitue notamment le téléchargement illégal et du caractère très limité des moyens de s'y opposer ou d'y remédier, l'avenir de la création et de la production musicales, audiovisuelles et cinématographiques se trouve gravement menacé. Les pouvoirs publics français s'en sont inquiétés et ont confié, à l'automne 2007, à M. D. Olivennes (PDG de la Fnac, enseigne de distribution de «produits culturels», ce qui, aux yeux de certains, le discréditerait), le soin de préconiser des moyens, plus efficaces, davantage adaptés et susceptibles d'être mieux acceptés, devant permettre la sanction du téléchargement illégal et assurer ainsi «le développement et la protection des œuvres culturelles sur les nouveaux réseaux».

Préconisation de nouveaux moyens

N'ayant bénéficié, pour cela, que d'un temps limité, le groupe de travail ainsi constitué a, dans son rapport, recommandé différents moyens qui lui sont apparus de nature à parvenir au résultat recherché.

Utilisant un style parfois contestable, le document exprime l'idée que «tout doit être fait pour désinciter au piratage, par des réponses proportionnées, pragmatiques, respectueuses des libertés individuelles et compatibles avec la rapidité d'évolution des technologies. Cela nécessite d'abord de continuer à informer et à sensibiliser, notamment les jeunes générations. Cela passe

ensuite par la promotion d'une offre légale attractive (...) Cela requiert enfin de compliquer sérieusement la violation de la propriété intellectuelle, en trouvant des réponses qui soient cependant mesurées, adaptées aux comportements et qui puissent, en particulier, dissuader la répétition des mêmes actes (...) Il s'agit de rendre plus difficile et plus coûteux le téléchargement illégal, et, inversement, plus facile et moins cher le téléchargement légal». Référence est faite à des exemples étrangers. Etats-Unis et Royaume Uni «ont su mettre en place des dispositifs, fondés sur un mélange de pédagogie et de sanctions mesurées, dont les premiers résultats sont prometteurs».

Outre l'usage des mesures techniques de contrôles et de filtrages des utilisations faites des œuvres et des prestations qui circulent sur l'internet, le rapport propose de recourir à un «mécanisme d'avertissement et de sanction». Celui-ci devrait être «pilote par une autorité publique» et mis en œuvre dans un cadre légal.

Un système uniquement contractuel et privé d'avertissement et de sanction semble ne pas pouvoir être envisagé en droit français. Il est apparu «difficile de trouver une base juridique à une sanction prise par le fournisseur d'accès sans intervention d'un juge ou d'une autorité publique, ni imposition d'une obligation légale». Un dispositif reposant sur des fichiers d'infractions détenus par des personnes privées, qui, mettant en place leur propre système de surveillance, auraient ainsi fait le constat de telles violations, se heurte aux exigences de respect des libertés individuelles. En conséquence, il est préconisé de faire appel aux mêmes techniques, mais dans un régime légalement défini et avec le concours d'une autorité publique.

La suggestion est d'instaurer «un mécanisme permettant d'avertir les internautes contrevenants et, le cas échéant, de les sanctionner, notamment par une suspension ou une rupture de leur contrat d'abonnement» à un service de l'internet, sur décision des fournisseurs d'accès. Ne s'agirait-il pas d'une sanction privée dont le principe a précédemment été écarté? Un tel procédé devrait avoir «une forte portée pédagogique, par l'envoi dissuasif de mises en demeure». Il «reposerait sur des sanctions

Résumé: *La France entend renforcer ses instruments de lutte contre la piraterie numérique. Les moyens classiques (campagnes d'informations, saisies judiciaires, sanctions pénales) sont jugés inaptes à faire diminuer les téléchargements illégaux. Parmi les mesures préconisées par une commission d'étude, la plus controversée est le «mécanisme d'avertissement-sanctions»; il s'agit de la possibilité, pour les autorités publiques, de suspendre ou même de résilier le contrat d'abonnement de l'internaute indélicat. Concrètement, celui-ci se verrait alors priver de l'accès à Internet.*

proportionnées visant le renouvellement des mêmes actes» de contrefaçon.

Selon le schéma proposé, le «mécanisme d'avertissement et de sanction» serait «piloté par une autorité publique». Il pourrait s'agir, par extension de ses compétences, de l'actuelle Autorité de régulation des mesures techniques. «Saisie d'une plainte d'un ayant-droit qui aurait constaté des actes de représentation et de mise à disposition» d'œuvres et de prestations sans autorisation, elle commencerait par envoyer, «par l'intermédiaire des fournisseurs d'accès, une mise en demeure qui prendrait la forme d'un message électronique d'avertissement et de mise en garde». Puis, en cas de constatation de nouveaux actes de violation des droits, soit elle prendrait elle-même «une sanction qui irait de la suspension temporaire, à la résiliation du contrat»; soit elle assurerait «l'avertissement et une médiation obligatoire en amont de l'intervention du juge» qui déciderait de la sanction. Parmi les peines accessoires, la suspension et la résiliation du contrat pourraient être ordonnées. Cela peut apparaître bien compliqué, sinon contraire au respect des libertés individuelles!

Prévoyant un tel moyen de lutte contre la piraterie numérique, le «rapport Olivennes» recommande, par ailleurs, pour

favoriser le développement de l'offre légale: de réduire le délai entre la sortie d'un film en salles et sa mise à disposition dans le cadre de la vidéo à la demande; de subordonner les aides à la production cinématographique à l'engagement de commercialiser une œuvre aussi par ce moyen; d'abandonner, sur les œuvres musicales, les mesures techniques faisant obstacle à l'interopérabilité; de généraliser le taux de TVA réduit... De semblables mesures devraient plus facilement être l'objet d'un consentement général! Dans l'objectif de la lutte contre le téléchargement illégal, s'avèreraient-elles davantage adaptées et efficaces que celles, plus restrictives, contestées par certains?

Dans la foulée de la remise du rapport de la mission confiée à M. Olivennes, était signé un accord de principe par lequel trois des parties concernées (pouvoirs publics, représentants des titulaires de droits et prestataires techniques) faisaient leurs différentes préconisations. Leur application demeure cependant subordonnée à l'adoption de mesures législatives et réglementaires. Cela sera-t-il possible sans l'acceptation et l'adhésion des internautes consommateurs? Dans la lutte contre le téléchargement illégal, la solution peut-elle, comme le mentionne le rapport, être ailleurs que dans un «mélange de pédagogie et de sanctions mesurées»? ■

D'AUTRE PART

UND AUSSERDEM

Europarat: Empfehlung zur Förderung öffentlicher Werte im Internet

Das Ministerkomitee des Europarates verabschiedete eine Empfehlung über Massnahmen zur Förderung der Internet-Grundversorgung. Hauptziel der Empfehlungen ist es, die zuständigen Behörden der Staaten dazu zu bewegen, alle notwendigen Massnahmen zur Förderung der Grundversorgung im und mit dem Internet zu ergreifen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit allen beteiligten Seiten. Dazu gehören unter anderem:

- «die Wahrung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit [...] sowie die Förderung des sozialen Zusammenhalts, der Achtung der kulturellen Vielfalt und des Vertrauens» in Verbindung mit dem Internet und anderer Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT);
- die Festlegung von Vorgaben hinsichtlich der Rollen und Zuständigkeiten aller wesentlichen Interessengruppen innerhalb eines klaren Rechts- oder Regulierungsrahmens;

- die Förderung der Bewusstseinsbildung im Privatsektor bezüglich der ethischen Dimension der notwendigen Massnahmen sowie die Anpassung der Praktiken im Internet unter dem Aspekt der Menschenrechte;
- sofern sinnvoll und umfassend durchführbar, die Ermutigung zu «neuen Formen einer offenen und transparenten Selbst- und Koregulierung» für mehr Verantwortlichkeit der Schlüsselakteure.

Die vorgeschlagenen Massnahmen zur Erreichung der zentralen Ziele der Empfehlung sind in Verbindung mit den Leitlinien im detaillierten und umfassenden Anhang der Empfehlung zu betrachten. Die Leitlinien konzentrieren sich in erster Linie auf Menschenrechte und Demokratie. Um die Menschenrechte im Umfeld des Internets und der Informations- und Kommunikationstechnologien zu wahren, sollten das Recht auf freie Meinungsäusserung sowie die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit nicht über die Vorgaben der Europäischen Menschenrechtskonvention hinaus eingeschränkt werden. ■

Empfehlung CM/Rec(2007)16 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über Massnahmen zur Förderung der Internet-Grundversorgung, 7. November 2007.